

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Peter H. Carstensen (Nordstrand),
Dr. Peter Paziorek, Bernhard Schulte-Drüggelte, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/1788 –**

Multitalent nachwachsender Rohstoff effizient fördern

A. Problem

Die Antragsteller fordern in ihrem Antrag, nachwachsenden Rohstoffen zukünftig mehr Bedeutung beizumessen, um die deutsche und europäische Volkswirtschaft, die zurzeit noch in einem hohen Maße auf den Import fossiler Rohstoffe angewiesen ist, mittel- und langfristig unabhängiger von den Energieimporten aus politisch sensiblen Regionen zu machen und durch die Nutzung einheimischer Rohstoffe die Wertschöpfung in der Region zu belassen.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen
die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1788.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/1788 – abzulehnen.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Bernhard Schulte-Drüggelte
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Bernhard Schulte-Drüggelte, Cornelia Behm, Dr. Christel Happach-Kasan

1. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 69. Sitzung am 23. Oktober 2003 den Antrag auf Drucksache 15/1788 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

2. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern, nachwachsenden Rohstoffen zukünftig mehr Bedeutung beizumessen und angesichts der Vielzahl der Nutzungsmöglichkeiten, die das Multitalent nachwachsender Rohstoffe biete, die Schaffung von politischen Rahmenbedingungen, um die unterschiedlichen Verwertungskonzepte zu erfassen und aufeinander abzustimmen. Industrie und Fachverbände seien sich darin einig, dass sich nachwachsende Rohstoffe nur dann im Markt etablieren können, wenn eine verbesserte inhaltliche Koordinierung und Vernetzung zwischen allen Politikbereichen gegeben sei.

In dem Antrag wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, angesichts der neuen Herausforderungen, die sich aus der EU-Osterweiterung und der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ergeben und des großen Potenzials nachwachsender Rohstoffe, die bereitgestellten Geld-, Personal- und Sachmittel im Haushalt des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zu erhöhen. Darüber hinaus sollte schnellstmöglich eine Strategie für eine nachhaltige Kraftstoffversorgung unter Berücksichtigung der Biokraftstoffe erarbeitet werden, in der sichergestellt werde, dass die einheimische Landwirtschaft von der weiteren Förderung der nachwachsenden Rohstoffe profitiere. Zudem müsse das Budget für das Marktanreizprogramm „Erneuerbare Energien“ erhöht oder der Strom aus nachwachsenden Rohstoffen von der Ökosteuern befreit werden. Des Weiteren verlangen die Antragsteller, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen und entsprechend zu ändern. Darüber hinaus sei für die weitere Entwicklung der Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen die Förderung von weiteren Forschungs- und Entwicklungsvorhaben erforderlich.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner 23. Sitzung am 12. November 2003 den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 43. Sitzung und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 27. Sitzung jeweils am 10. Dezember 2003 den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 24. Sitzung am 10. Dezember 2003 den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

4. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat seine abschließende Beratung in der 27. Sitzung am 10. Dezember 2003 vorgenommen und den Antrag auf Drucksache 15/1788 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Seitens der Koalitionsfraktionen wurde erklärt, der Antrag laufe den Tatsachen hinterher, denn die Bundesregierung fördere die Nutzung nachwachsender Rohstoffe seit 1998, z. B. mit dem Markteinführungsgesetz und dem Markteinführungsprogramm. Mit der anstehenden EEG-Novelle werde dieser Weg konsequent fortgesetzt. Der mit dem Antrag geforderte Verzicht auf strengere Grenzwerte bei Kleinf Feuerungsanlagen zu Gunsten der Biomasseverbrennung werde der erforderlichen Güterabwägung bei der Privilegierung nicht gerecht und verschärfe die Akzeptanzprobleme solcher Anlagen. Der Antrag müsse deshalb abgelehnt werden.

Die Fraktion der CDU/CSU hat nochmals auf die in ihrem Antrag begründete Nutzung einheimischer Rohstoffe hingewiesen und die Schaffung von politischen Rahmenbedingungen zur Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe für die industrielle und energetische Nutzung gefordert. Darüber hinaus fördere der Antrag die Erreichung der mit dem Kyoto-Protokoll getroffenen Vereinbarungen.

Seitens der Fraktion der FDP wurde der Antrag und die Privilegierung von Biogasanlagen als notwendiger Beitrag zur Lösung von Standortakzeptanzproblemen gesehen.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatlerin

Bernhard Schulte-Drüggelte
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatlerin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

